

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion DIE GRÜNEN**

**zur Großen Anfrage der Abgeordneten Frau Borgmann, Frau Kelly, Schulte  
(Menden) und der Fraktion DIE GRÜNEN**  
**— Drucksachen 10/3512, 10/4502 —**

### **Atomwaffensperrvertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland**

Der Bundestag wolle beschließen:

**I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Aussage, wonach „die Bundesregierung nicht die Idee einer europäischen Nuklearstreitmacht vertritt“, weist aber zugleich darauf hin, daß der Verlauf des europäischen Integrationsprozesses diese Aussage auszuhöhlen droht.

Die Absage der Bundesregierung an eine europäische Atomstreitmacht bleibt solange substanzlos und unglaubwürdig, wie sie auf dem Offenhalten der „Europäischen Option“ (Offenhalten einer europäischen Atomstreitmacht im Sinne der von der Bundesregierung nach wie vor geteilten Vertragsinterpretation durch Außenminister Rusk vor dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats am 10. Juli 1968) im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages besteht und im Zuge einer von ihr ausdrücklich gutgeheißenen „verstärkten sicherheitspolitischen Zusammenarbeit auch im Kreise der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften“ und einer intensiven technologischen und nuklearen Zusammenarbeit mit anderen westeuropäischen Staaten, insbesondere Frankreich, die materiellen Grundlagen einer möglichen westeuropäischen Atomstreitmacht mit aufbauen hilft.

**II. Die Bundesregierung wird aufgefordert,**

1. in einer ergänzenden, einseitigen Erklärung zum Atomwaffensperrvertrag völkerrechtlich bindend klarzustellen, daß

sie zukünftig die sogenannte „Europäische Option“ (Möglichkeiten einer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einer europäischen Atomstreitmacht im Rahmen eines europäischen Bundesstaates bzw. im Zuge des europäischen Integrationsprozesses) für sich als unvereinbar mit den durch Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages eingegangenen Verpflichtungen betrachtet,

2. als einen ersten Schritt zur nuklearen Abrüstung in Europa alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die nukleare Kooperation mit Frankreich hinsichtlich der Entwicklung und Nutzung von Schnellen Brutreaktoren umgehend zu beenden.

Bonn, den 5. Juni 1986

**Borgmann, Hönes, Volmer und Fraktion**

### **Begründung**

1. Die Bundesregierung hält erklärtermaßen an einer Interpretation des Atomwaffensperrvertrages fest, derzufolge sie im Rahmen eines föderierten europäischen Bundesstaates an einer potentiellen europäischen Atomstreitmacht partizipieren kann, ohne gegen den Sperrvertrag zu verstoßen.

Nur eine völkerrechtlich bindende Erklärung der Bundesregierung, nicht länger an dieser Vertragsinterpretation festhalten zu wollen und die Artikel I und II des Atomwaffensperrvertrages uneingeschränkt zu akzeptieren, kann sie von dem Verdacht befreien, sich nicht doch stillschweigend auf nuklearen Mitbesitz im westeuropäischen Rahmen hin zu orientieren.

2. Schon heute ist die Bundesrepublik Deutschland in die nukleare Aufrüstung Westeuropas indirekt verstrickt:

Die 1963 auf Regierungsebene beschlossene französisch-deutsche Zusammenarbeit zur Entwicklung von Brutreaktoren hat mit dem französischen Brüter Phénix – dem Gegenstück zum SNR 300 in Kalkar – einen Militärreaktor zur Plutoniumgewinnung für die Force de Frappe hervorgebracht. Am 28. April 1983 berichtete die US-amerikanische Zeitschrift „Nucleonics Week“, daß die französische Regierung Euratom-Kontrollen des Phénix abgelehnt habe. Phénix, so die Aussage eines CEA-Sprechers, sei „nicht für internationale Kontrollen zugänglich“, weil er geeignet sei, „für Verteidigungszwecke zu arbeiten“.

Auch hinsichtlich des französisch-deutsch-italienischen Großbrüters Super-Phénix wird eine militärische Mitverwendung von der französischen Regierung bis heute nicht ausgeschlossen. Unwidersprochen blieben damit die Stellungnahmen zahlreicher französischer Autoritäten, die mit militärischer Verwendung dieses Schnellen Brüters fest rechnen:

- „Le Monde“ zitierte am 19. Januar 1978 den französischen General Thiry mit den Worten: „Frankreich ist in der Lage, Atomwaffen jeder Art und jeder Leistung zu machen. Frank-

reich wird mit relativ geringem finanziellen Aufwand große Mengen davon herstellen können, sobald Brutreaktoren im Überfluß das nötige Plutonium liefern werden. Welch eine Chance für Europa und Frankreich, endlich in der Lage, selbst diese erweiterte atomare Abschreckung, Garant seiner Sicherheit, zu praktizieren“.

- In der Fachzeitschrift „Energies“ vom 23. April 1982 schrieb der der französischen Elektrizitätsgesellschaft EDF nahestehende Wirtschaftsjournalist L. Lammers: „Das Plutonium (militärische Qualität) stammt bisher nur aus der Wiederaufarbeitung der Brennelemente der Reaktoren G2 und G3 in Marcoule. Aber diese Reaktoren nähern sich nicht nur ihrem normalen Betriebsende, sondern ihre Produktion wird gänzlich unzureichend, um die Entwicklung der nationalen taktischen Atomwaffen zu versorgen. Es muß also ein Ersatz gefunden werden, und dieser ist (nach Phénix) mit Super-Phénix gesichert, der im Brutmantel eine ausreichende Menge Plutonium zweckentsprechender Qualität produziert, um rund sechzig taktische Atomwaffen pro Jahr herzustellen. Aufgrund der Tatsache, daß die Ladung einer Bombe bis zur Zeit ungefähr 5 kg Plutonium erfordert, ist ein Minimum von 120 bis 150 kg pro Jahr unabdingbar. Super-Phénix allein kann über 300 kg pro Jahr produzieren.“
- Im Oktober 1982 wird auch in der französischen Fachzeitschrift „Science & Vie“ von den Physikern Y. Lenoir und M. Genestout nachgewiesen, daß das gigantische atomare Aufrüstungsprogramm Frankreichs ohne den Brüter schwerlich mit dem nötigen waffengrädigen Plutonium zu füttern sein wird.
- In einer Broschüre vom Juli 1983, herausgegeben von Angestellten des militärischen Atomzentrums Marcoule, hieß es: „Nach der Stilllegung der Reaktoren G1, G2 und demnächst G3 in Marcoule, und bevor die Technik der Plutonium-Laser-Isotopenanreicherung reif ist, wird die Entwicklung der französischen Force de Frappe total vom reibungslosen Betrieb der Reaktoren Phénix und Super-Phénix und der ihre Brennelemente aufarbeitenden Anlagen abhängen ... diese wichtige Charakteristik der Schnellen Brüter ist sicher zur Zeit einer der wenigen unbestreitbaren Vorteile, obwohl er selten, um nicht zu sagen niemals in der Diskussion über diesen Reaktortyp geäußert wird.“
- Am 15. November 1983 betonte auch der sozialistische Abgeordnete Benedotti vor dem französischen Parlament, der Typ des Brutreaktors sei „in der Tat der einzige, der es zur Zeit ermöglicht, Plutonium mit einem mehr als 95 % Gehalt des Isotops 239 in ausreichender Menge zu produzieren, um die Entwicklung unserer taktischen Atomwaffen zu versorgen.“
- Am 31. Dezember 1984 veröffentlichte die US-amerikanische Fachzeitschrift „Nuclear Fuel“ ein Interview mit dem Leiter des Washingtoner Nuclear Control Institute, Paul

Leventhal. Darin erklärte dieser: "Nur für den Fall, daß es da irgendwelche Zweifel geben sollte, ob Frankreich wirklich beabsichtigt, Super-Phénix für die Waffenproduktion zu verwenden: neulich hat mir Bertrand Goldschmidt persönlich versichert, daß – während er nicht mehr für die französische Regierung sprechen könne – er sicher sei – und er betonte das Wort sicher – daß der Super-Phénix zu Waffenproduktionszwecken benutzt würde. Nun, werden wir einfach dabeisitzen und das geschehen lassen?" (B. Goldschmidt ist der ehemalige Direktor des französischen Atomenergiekommissariats und ehemaliger Vorsitzender des Gouverneursrats der Internationalen Atomenergie-Agentur [IAEA].)

Die Erbauergesellschaft des Brutreaktors in Kalkar, die Schneller-Brüter-Kernkraftwerks-Gesellschaft mbH (SBK) ist mit 16 % am Super-Phénix beteiligt und hat etwa 770 kg Plutonium 239 zur Beladung des Brüterkerns zur Verfügung gestellt. Der französische Anteil am Super-Phénix beträgt 51 %.

Die SBK wird von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) kontrolliert, die einen Anteil von 68,85 % der SBK stellen. In ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Abgeordneten Frau Borgmann, Frau Kelly, Schulte (Menden) und der Fraktion DIE GRÜNEN „Atomwaffensperrvertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland“ hat die Bundesregierung erklärt, daß Frankreich jederzeit und ohne Angaben von Gründen die seinem Anteil entsprechende Menge an Plutonium aus dem Brutmantel des Schnellen Brüters Super-Phénix dem französischen Atomwaffenprogramm zuführen kann, ohne daß dies der Öffentlichkeit oder der Regierung einer der beteiligten Staaten mitzuteilen ist. Initiativen hinsichtlich einer diesbezüglichen Unterlassungserklärung der französischen Regierung sind von der Bundesregierung nicht vorgesehen.

3. Die verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EG und WEU kann nicht von dem bestehenden Atomwaffenarsenal und den nuklearen Aufrüstungsplänen Großbritanniens und Frankreichs getrennt werden. Diese Zusammenarbeit droht die Logik und Existenz zweier hochgerüsteter Blöcke in Europa noch mehr zu zementieren.

Die Vision eines zivilen und friedensfähigen Europas, in der Gründungsphase der Römischen Verträge noch fester Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses, wird durch die Militarisierung und Nuklearisierung Westeuropas mehr und mehr konterkariert. Um Frieden und Demokratie in Europa zu erreichen, ist der Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus den westeuropäischen Nuklearprogrammen ein wesentlicher Schritt.